

---

**Vorsitz: Österreich****995. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 8. Dezember 2021 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)  
  
Beginn: 10.00 Uhr  
Schluss: 13.15 Uhr
  
2. Vorsitz: Botschafter F. Raunig
  
3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:  
  
Punkt 1 der Tagesordnung: ERÖRTERUNG DER ERGEBNISSE DES  
28. MINISTERRATS IN STOCKHOLM

Vorsitz, Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien und der Ukraine) (FSC.DEL/433/21), Schweden (Anhang 1), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 2), Vereinigtes Königreich, Kanada, Schweiz (FSC.DEL/435/21 OSCE+), Aserbaidshan, Türkei, Russische Föderation (Anhang 3)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

*Die Lage in und um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/431/21 OSCE+), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien und der Ukraine) (FSC.DEL/434/21), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/430/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/432/21 OSCE+), Kanada, Russische Föderation (Anhang 4), Rumänien

Punkt 3 der Tagesordnung: FEIERLICHE PREISVERLEIHUNG ZUM ABSCHLUSS DES GEMEINSAM VON DER OSZE UND DEM INSTITUT FÜR FRIEDENS-FORSCHUNG UND SICHERHEITSPOLITIK AN DER UNIVERSITÄT HAMBURG VERANSTALTETEN ESSAY-WETTBEWERBS ZUM THEMA KONVENTIONELLE RÜSTUNGS-KONTROLLE UND VERTRAUENS- UND SICHERHEITSBILDENDE MASSNAHMEN

Vorsitz, Direktorin des Konfliktverhütungszentrums, C. Friesendorf, A. Sagorski, N. Sokov, F. Tanner, M. Finaud, U. Kühn, A. Nadibaidze, N. Miotto, C. Ditel, Slowenien – Europäische Union, Italien (Anhang 5)

Punkt 4 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Ankündigungs- und Mahnmechanismus nach FSK-Beschluss Nr. 10/02:*  
Vorsitz
- (b) *Treffen des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition am 9. Dezember 2021 über Videokonferenz:* Vorsitz des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (Lettland)
- (c) *Ausbildungsprogramm im Rahmen des OSZE-UNODA-Stipendiums 2021 für Frieden und Sicherheit für Nachwuchskräfte, mehrheitlich Frauen:*  
Vertreter/Vertreterin des Konfliktverhütungszentrums (Anhang 6)
- (d) *Finanzierungsbeitrag zum iMARS-Projekt (System für Informationsmanagement und Berichterstattung):* Portugal
- (e) *19. jährliche Konsultation zur Überprüfung der Umsetzung des Dokuments über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Bereich der See-streitkräfte im Schwarzen Meer am 9. Dezember 2021 über Videokonferenz:*  
Russische Föderation
- (f) *Beschluss des Rates der Europäischen Union zur Unterstützung des umfassenden Programms für die Unterstützung der Bemühungen zur Verhütung und Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen und konventioneller Munition in Südosteuropa, der am 2. Dezember 2021 verabschiedet wurde:* Slowenien – Europäische Union
- (g) *Aktuelle Informationen zu SALW- und SCA-Projekten im OSZE-Raum:*  
Belgien, Frankreich, Montenegro, FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend SALW und SCA (Österreich), Vertreter/Vertreterin des Konfliktverhütungszentrums, Schweiz

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 15. Dezember 2021, um 11.00 Uhr im Neuen Saal und über  
Videokonferenz

---

**995. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1001, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION SCHWEDENS**

Schweden schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an, möchte jedoch im Namen des OSZE-Vorsitzes die folgende Erklärung abgeben.

Herr Vorsitzender,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte zunächst allen Teilnehmerstaaten und Partnern, die an dem Ministerrats-treffen in Stockholm teilgenommen haben, den aufrichtigen Dank Schwedens aussprechen. Das Treffen hat unsere hohen Erwartungen erfüllt, insbesondere die hochrangige Präsenz wussten wir zu schätzen, durften wir doch an die fünfzig Außenministerinnen und Außenminister begrüßen – eine Rekordbeteiligung auf dieser Ebene im Vergleich zu den letzten Jahren. Wir sehen darin einen Beweis für die Bedeutung unserer Organisation und ein starkes Bekenntnis zur OSZE. Es kommt darin auch zum Ausdruck, dass sich alle Teilnehmerstaaten der zahlreichen und schwerwiegenden Herausforderungen bewusst sind, mit denen wir derzeit konfrontiert sind.

Die Generalsekretärin hat in ihren Ausführungen deutlich gemacht, dass die OSZE trotz aller Herausforderungen etwas leisten und bewirken kann, wenn sie über das richtige Mandat und die richtigen Instrumente dafür verfügt. Diese Tatsache wird manchmal von den Themen überlagert, die wir im Allgemeinen Woche für Woche erörtern; sie sollte öfter unterstrichen werden.

Zugleich hat das Treffen aber auch deutlich gemacht, wie wichtig es ist, den Dialog aufrechtzuerhalten, einander persönlich zu treffen, um Krisen und Herausforderungen anzugehen und um auszuloten, wo wir uns einigen können und wo wir mit unseren Differenzen leben müssen. In dieser Funktion – nämlich so viele Staaten an einem Tisch zu versammeln – ist die OSZE wirklich unersetzlich. Wir glauben, dass das Stockholmer Ministerratstreffen seinen Teil dazu beigetragen hat; dies wäre allerdings ohne die aktive Bereitschaft aller Teilnehmenden, unsere aktuellen Herausforderungen zu erörtern, nicht möglich gewesen.

Alles in allem sind wir daher mit dem Verlauf des Ministerrats zufrieden und denken, dass es uns gelungen ist, ehrliche und aufrichtige Aussprachen zu einer Vielzahl von Themen

zu ermöglichen. Aus unserer Sicht war es von entscheidender Bedeutung, dass wir die Verhandlungen über den Wortlaut der Texte vor dem Ministerrat abschließen konnten. Wir sind davon überzeugt, dass wir dadurch ein Umfeld für einen vertieften Dialog zum Wohle unserer gemeinsamen Sicherheit schaffen konnten.

Herr Vorsitzender,

wir begrüßen die Tatsache, dass ein Beschluss über eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen verabschiedet wurde, ein Bereich, der zu den entscheidenden Herausforderungen unserer Zeit zählt. Wir haben uns auch auf eine wichtige Erklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage geeinigt.

In Anbetracht der Zeit und Mühe für die Verhandlung, die Neuformulierung und die Ausarbeitung von insgesamt 21 Texten war es allerdings ein mageres Ergebnis – obwohl Qualität natürlich vor Quantität geht, wie wir immer gesagt haben.

Dem Ministerrat waren ausführliche Verhandlungen im Forum für Sicherheitskooperation über vier Texte vorausgegangen, die unserer Meinung nach alle von großem Wert für die OSZE als Organisation und insbesondere für den Arbeitsbereich des Forums für Sicherheitskooperation gewesen wären. Ich möchte an dieser Stelle Österreich danken, nicht nur dafür, dass es drei dieser Texte im Namen seines Landes eingebracht hat, sondern auch für die gemeinsamen Bemühungen mit Schweden zu einem dieser Texte. Wir wussten die offene und konstruktive Zusammenarbeit zwischen unseren Delegationen sehr zu schätzen.

Leider ist es uns nicht gelungen, auch nur zu einem dieser Texte Konsens herzustellen, was wir sehr bedauern. Da Schweden als Vorsitz alle vorgeschlagenen Texte und die darin enthaltenen wichtigen Verpflichtungen begrüßt hätte, gestatten Sie mir, auf zwei davon kurz einzugehen.

Ein Beschluss über einen zusätzlichen Dialog auf militärischer Ebene wäre in diesen Zeiten des Misstrauens und des Mangels an militärischen Kontakten äußerst nützlich gewesen. Es scheint uns nur schwer verständlich, dass es Versuche gab, in Abänderung der ursprünglichen Absicht des Textes – die Zahl der Doktrinenseminare zu erhöhen – den Schwerpunkt auf Expertentreffen auf militärischer Ebene zu verlagern. Expertentreffen sind sicherlich wichtig, aber wenn das die eigentliche Absicht gewesen wäre, hätte man vielleicht besser einen anderen dementsprechenden Text zur Diskussion gestellt.

Außerdem haben wir bereits Foren, in denen sich Militärexpertinnen und -experten treffen und austauschen können – eines davon ist das Forum für Sicherheitskooperation, zu dem wir allwöchentlich zusammenkommen und das eine hervorragende Plattform für den Dialog auf militärischer Ebene über eine Vielzahl politisch-militärischer Themen bietet.

Auch im Rahmen des Strukturierten Dialogs gibt es eigene Arbeitsgruppen auf Militärexpertenebene, die sich mit diesem Thema befassen. Wir würden es begrüßen, wenn die Hauptstädte ihre aktive Teilnahme an den Sitzungen zum Strukturierten Dialog in Zukunft verstärken wollten.

Was den Text über Frauen in den Streitkräften betrifft, so sind wir enttäuscht, dass wir uns im Jahr 2021 nicht auf einen Text einigen können, der die grundlegenden Rechte und Freiheiten von Frauen, die in den Streitkräften dienen, hervorhebt. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Frauen noch immer auf eine Reihe von Hindernissen stoßen, die sich Männern nicht stellen, und dass es an der Zeit ist, etwas dagegen zu tun. Dabei geht es nicht nur um Menschenrechte; wenn wir in diesem Bereich säumig sind, verschwenden wir auch Ressourcen, Wissen und Kompetenz. Könnten Frauen im Dienst in den Streitkräften ihr volles Potenzial ausschöpfen, würde dadurch das militärische Instrument als solches gestärkt und es käme der Arbeit der OSZE in vielerlei Hinsicht zugute. Dies sollte in unser aller Interesse sein, also lassen Sie uns versuchen, diese Bemühungen im nächsten Jahr voranzutreiben.

Danke. Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

---

**995. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1001, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Herr Vorsitzender,

die Vereinigten Staaten bedauern zutiefst, dass kein Konsens zu den vier Textentwürfen, die Gegenstand langwieriger Verhandlungen in der Arbeitsgruppe B waren, erreicht werden konnte. Es sei betont, dass dies nicht am Vorsitz lag, zumal Sie keine Mühe gescheut haben, Kompromisse vorzuschlagen, mit denen wir zwar bisweilen alle gleichermaßen unglücklich waren, aber das liegt eben in der Natur von Kompromissen und in der des Multilateralismus im eigentlichen Sinne. Herr Vorsitzender, wir für unseren Teil waren auf eine Enttäuschung gefasst. Im Hinblick auf einen Kompromiss und davon ausgehend, dass kollektive Sicherheit die Berücksichtigung der Sicherheitsbesorgnisse aller 57 Teilnehmerstaaten und nicht nur der eines einzigen bedeutet, haben wir größtmögliche Flexibilität gezeigt. Wir erwarten nicht, dass ein Teilnehmerstaat seine nationalen Interessen verrät, aber es kann auch nicht sein, dass ein Staat die Interessen von 57 Staaten diktiert.

Um uns kurz zu fassen: Wir hätten uns gefreut, den 25. Jahrestag des Lissabonner Rahmens für Rüstungskontrolle mit einer Erklärung zu begehen, die die Arbeit dieses Forums stärkt. Es ist bedauerlich, dass wir nicht alle gemeinsam einen Konsens zur Unterstützung der vollständigen Umsetzung und Neubelebung der zentralen politisch-militärischen Verpflichtungen der OSZE, einschließlich des Wiener Dokuments, erreichen konnten. Dass wir es nicht geschafft haben, anlässlich des 25. Jahrestags des Rahmens für Rüstungskontrolle von Lissabon eine Erklärung zur Unterstützung der Arbeit dieses Forums zu verabschieden, ist in unseren Augen Ausdruck des sich verschlechternden Sicherheitsumfelds und ein Hinweis darauf, dass wir ein positiveres Umfeld schaffen müssen; wir waren sozusagen dazu bereit. Wir waren auch dazu bereit, das Mandat von Hamburg für den Strukturierten Dialog uneingeschränkt zu bekräftigen.

Mit Freude hätten wir regelmäßige, zwischen den Seminaren zur Militärdoktrin auf hoher Ebene stattfindende und auf dem Wiener Dokument aufbauende Dialoge auf militärischer Ebene unterstützt. Sie hätten Gelegenheit zu Kontakten und zum Austausch auf militärischer Ebene, auch über Doktrinen, geboten. Dass Russland unbedingt die Agenda dieser Dialoge bestimmen wollte und auf dem Thema der Deeskalation mit der NATO bestand, war unaufrichtig und eindeutig einem Konsens abträglich.

Ich möchte ganz klar sagen, dass wir alle für Deeskalation sind. Hier in diesem Forum steht uns ein Schlüsselinstrument zur Deeskalation zur Verfügung: das Wiener Dokument. Es ist das wirksamste Instrument für Risikominderung und militärische Transparenz, das wir haben. Lassen Sie uns damit beginnen, das Wiener Dokument vollständig umzusetzen und gemeinsam Wege zu suchen, um seine Wirksamkeit im heutigen Sicherheitsumfeld noch weiter zu erhöhen. Das wäre ein erster entscheidender Schritt in Richtung Deeskalation. Anstatt vor selbst heraufbeschworenen Albtraum-Szenarien zu warnen, könnte Russland diesen entscheidenden Schritt zur Deeskalation setzen.

In diesem Zusammenhang waren wir stolz darauf, zu den 46 Teilnehmerstaaten zu zählen, die in einer gemeinsamen Erklärung zur Modernisierung des Wiener Dokuments aufgerufen haben. Wir wiederholen die in dieser Erklärung gemachte Aufforderung, „alle Teilnehmerstaaten zu ermutigen, sich konstruktiv an den Erörterungen über die Rolle des Wiener Dokuments bei der Verminderung der Konfliktrisiken im OSZE-Raum durch die Förderung von Transparenz, Berechenbarkeit und Stabilität zu beteiligen.“

Wir bedauern ferner, dass zum zweiten Mal auch in diesem Jahr kein Konsens zu einem Beschluss über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) zustande kam. Die politische Befrachtung unserer wichtigen Arbeit in diesem Bereich ist inakzeptabel. Mit Stolz waren wir unter den 50 Teilnehmerstaaten, die eine gemeinsame Erklärung zur Anerkennung der Arbeit der OSZE im Hinblick auf eine Abschwächung der Bedrohungen, die vom unerlaubten Handels mit und von der destabilisierenden Anhäufung von Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) ausgehen, abgegeben haben. Seien Sie versichert, dass die Vereinigten Staaten die Bemühungen der OSZE im Bereich SALW/SCA weiterhin unterstützen und befürworten werden.

Schließlich möchten wir unsere tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen, dass auch zu einem Beschlussentwurf zur Gewährleistung der Chancengleichheit von Frauen sowie ihrer vollen und bedeutsamen Beteiligung in den Streitkräften kein Konsens in diesem Forum erreicht werden konnte. Damit haben wir all den Soldatinnen, die sich für unsere Länder und deren Verteidigung einsetzen, – gelinde gesagt – einen schlechten Dienst erwiesen. Stolz haben wir uns auch einer gemeinsamen Erklärung von 53 Teilnehmerstaaten angeschlossen, in der die zentrale Bedeutung von Frauen und Frieden und Sicherheit sowie der Gleichstellung der Geschlechter in unserer gemeinsamen Arbeit in der OSZE bekräftigt wird; und ja, das würde die Arbeit des Forums für Sicherheitskooperation als zentralen Organs der Organisation einschließen.

Herr Vorsitzender, lassen Sie mich abschließend nochmals Ihnen und Ihrem Team meine Anerkennung für all Ihre Arbeit aussprechen: Sie haben keine Mühe gescheut zu versuchen, einen Konsens zu diesen Erklärungen herzustellen. Wir bedauern, dass diese Konsensfindung hier im Forum nun das zweite Jahr in Folge gescheitert ist. Wir werden auch in Zukunft auf dieses Ziel hinarbeiten – im Interesse der kollektiven Sicherheit aller an diesem Tisch vertretenen 57 Teilnehmerstaaten.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

---

**995. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1001, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

gestatten Sie uns, uns in unserer Erklärung den Erklärungen der geschätzten Delegationen anzuschließen, die dem österreichischen Vorsitz für seine Arbeit bei der Vorbereitung des Beitrags des Forums zum OSZE-Ministerrat in Stockholm gedankt haben. Wir waren mit großen Herausforderungen konfrontiert. Wir anerkennen das große diplomatische Geschick unserer österreichischen Kolleginnen und Kollegen und ihre Professionalität, ihre Flexibilität und ihre Kunstfertigkeit darin, auf der Suche nach Kompromissformulierungen alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

Wir bedauern, dass es trotz dieser massiven Bemühungen in diesem Jahr nicht möglich war, im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) greifbare Ergebnisse bei unserer Arbeit an den vier Dokumentenentwürfen zu erzielen. Natürlich setzt die Erzielung eines Konsenses voraus, dass die Standpunkte aller Teilnehmerstaaten ohne Ausnahme berücksichtigt werden. Es ist jedoch auch wichtig, in diesem Zusammenhang politischen Realitäts-sinn zu zeigen. Die OSZE existiert nicht in einem luftleeren Raum; sie spiegelt in vielerlei Hinsicht die hochkomplexen politisch-militärischen Differenzen in Europa wider. Vor diesem Hintergrund sind wir der Auffassung, dass der im FSK vorbereitete Beitrag zum Ministerrats-treffen ein Abbild der Bemühungen der Teilnehmerstaaten um den Abbau der Spannungen auf dem Kontinent hätte sein sollen. Das war leider nicht der Fall.

Der Beschlusssentwurf über Kontakte auf militärischer Ebene im OSZE-Raum wäre für uns nur dann akzeptabel gewesen, wenn es möglich gewesen wäre, ihn auf das Ziel auszurichten, dass – durch Förderung von größerer Offenheit und durch Gewährleistung der Transparenz bei militärischen Aktivitäten – die Lage in Europa entschärft und die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten verbessert werden. Bis zu einem gewissen Grad sind Erörterungen von Fragen betreffend die Militärdoktrinen zweifellos nützlich, sie tragen aber letzten Endes in Anbetracht ihres akademischen Charakters wenig zur Normalisierung der Lage bei. Darüber hinaus hat sich auf den Treffen, die dieses Jahr im Rahmen des FSK und des Strukturierten Dialogs abgehalten wurden, gezeigt, dass die wichtigsten Länder in der OSZE einer Vorstellung und Erörterung ihrer Doktrinen ausweichen. Stattdessen ergehen sie sich eher in haltloser Kritik an imaginären Regelungen in der russischen Doktrin, wie etwa der „Eskalation zur Deeskalation“.

Unser Land legt großen Wert auf den Lissabonner Rahmen für Rüstungskontrolle. Wir sind davon überzeugt, dass dieses grundlegende Dokument den Teilnehmerstaaten bei der Ausarbeitung eines aktualisierten oder neuen Systems der konventionellen Rüstungskontrolle nach wie vor als moralischer Kompass dienen könnte. 25 Jahre nach der Unterzeichnung dieses Rahmens zollen wir unseren Vorgängern Respekt; sie haben einen erheblichen Beitrag zu seiner Entstehung geleistet. Dennoch konnte die russische Delegation den letzten Entwurf einer Erklärung zum Jahrestag nicht mittragen, da sie die Aufnahme jedweder Formulierung hinsichtlich einer Aktualisierung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in diesen kategorisch ablehnt. Solange die Nordatlantische Allianz nicht von der Einhegungspolitik gegenüber Russland abrückt, sehen wir keinen Sinn darin, das Wiener Dokument 2011 zu modernisieren.

Der Entwurf für einen Beschluss über Chancengleichheit für Frauen in den Streitkräften, der vordergründig mit dem Verhaltenskodex der OSZE zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit verknüpft wurde, ging weit über den Anwendungsbereich des Kodex hinaus und eröffnete Möglichkeiten zur Einmischung in den Arbeitsalltag der Streitkräfte von außen. Dafür gibt es weder auf völkerrechtlicher Ebene noch in den Rechtsvorschriften der Teilnehmerstaaten eine Grundlage; ganz im Gegenteil: es würde dem Grundsatz der Achtung der Souveränität zuwiderlaufen. Wir werden in Zukunft jeden Versuch, die Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit in die politisch-militärischen Beschlüsse des Ministerrats hineinzuziehen, abwehren und Vorschläge im Hinblick auf die Aufnahme von frauenspezifischen – ganz zu schweigen von genderspezifischen – Bestimmungen, die über einen zuvor verabschiedeten Wortlaut hinausgehen, ablehnen.

Wir legen großen Wert auf die Zusammenarbeit innerhalb des OSZE-Rahmens zu Fragen im Bereich Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA). Wir sind weiterhin der Ansicht, dass die Durchführung von Hilfsprojekten, die Arbeit an der Aktualisierung der Praxisleitfäden und die Entwicklung neuer OSZE-Dokumente zu SALW und SCA zu den weltweiten Bemühungen der Vereinten Nationen zur Verhütung des illegalen Waffenhandels beitragen. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass der Ministerrat der OSZE im Laufe der Jahre etwa zwanzig Erklärungen und Beschlüsse zu SALW und SCA verabschiedet hat. Wir sind zuversichtlich, dass die Teilnehmerstaaten noch viele Gelegenheiten haben werden, den Acquis der Ministerratstreffen mit weiteren Dokumenten zu diesem Thema zu erweitern.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchten wir festhalten, dass wir die Erörterungen, die im Zuge der Vorbereitungen des Forums auf das Ministerratstreffen geführt wurden, nützlich waren. Wir halten es für unerlässlich, dieses Potenzial zu nutzen, um die Aktivitäten unseres selbstständigen Beschlussfassungsorgans im nächsten Jahr anzukurbeln, mit besonderem Schwerpunkt auf der Stärkung der politisch-militärischen Grundlagen des Forums und der Förderung des Dialogs, um so das Klima des Misstrauens und der Konfrontation abzubauen.

Unabhängig davon möchte ich festhalten, dass uns die hysterischen Anwandlungen des „angelsächsischen Trios“ und der EU-Delegation nicht beeindrucken. Wir werden ihre Dialogbereitschaft anhand der konkreten Taten der Vertreterinnen und Vertreter der

jeweiligen Teilnehmerstaaten und des betreffenden Integrationsbündnisses beurteilen, und nicht nach ihren Worten.

Wir möchten auch dem schwedischen OSZE-Vorsitz für die ausgezeichnete Organisation und Durchführung des Ministerratstreffens und für die herzliche Gastfreundschaft danken. Wir danken Österreich und allen Delegationen, mit denen wir diesen schwierigen Verhandlungsmarathon durchgestanden haben.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

---

**995. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1001, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG**  
**DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

die Russische Föderation tritt für eine friedliche Beilegung des innerukrainischen Konflikts durch einen direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk auf der Grundlage der strikten Einhaltung der Minsker Vereinbarungen in ihrer Gesamtheit und in der richtigen Reihenfolge ein. Wir fordern andere auf, es uns gleichzutun. Wir tun unsererseits alles, um den Frieden im Donbass wiederherzustellen und die Zivilbevölkerung in der Region zu schützen.

Nachdem die Erörterung der politisch-militärischen Aspekte der Lage in der Ukraine im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) heute die letzte in diesem Jahr ist, schlagen wir vor, die Gelegenheit zu nutzen, um Bilanz über die bereits geführten Erörterungen zu ziehen.

Erstens gibt der von den ukrainischen Behörden eingeschlagene Kurs einer Demontage des Minsk-Prozesses und einer faktischen Aufgabe aller Versuche, den Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen, Anlass zu ernster Besorgnis. Die ukrainische Regierung entsandte Anfang Dezember 125 000 Soldaten und Offiziere in den Donbass. Das ist praktisch die Hälfte der ukrainischen Armee. Dennoch hat es die ukrainische Regierung erneut unterlassen, die nach dem Wiener Dokument 2011 erforderlichen Ankündigungen zu übermitteln, und keine Beobachter in das Gebiet eingeladen, in dem die „Operation der Vereinigten Kräfte“ durchgeführt wird. Die westlichen Strippenzieher der ukrainischen Regierung, die sich als Verfechter der Transparenz im militärischen Bereich bezeichnen, schweigen dazu und bringen damit das Wiener Dokument als Instrument der Vertrauensbildung zwischen den Teilnehmerstaaten in Misskredit.

Zweitens werden nach Angaben der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) Verletzungen der Waffenruhe entlang der gesamten Kontaktlinie gemeldet. In den letzten Wochen hat die Zahl der Verletzungen immer wieder die Höchstwerte überstiegen, die von der Mission vor Inkrafttreten der Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe am 22. Juli 2020 gemeldet worden waren. Es kommen schwere Waffen zum Einsatz, die nach den Minsker Vereinbarungen verboten sind. Die von der SMM bestätigte Zerstörung von Wohnhäusern und ziviler Infrastruktur erfolgte zum Großteil in bestimmten Gebieten des Donbass. Wir sprechen hier über die leidgeprüfte Bevölkerung einer Region,

die sich nun schon seit fast acht Jahren am Rande einer Katastrophe befindet. Die westlichen Strippenzieher der ukrainischen Regierung, die sich als Verfechter der Menschenrechte bezeichnen, schweigen auch dazu.

Drittens können wir beobachten, wie in einer Zeit, in der im Donbass ein Bürgerkrieg vor sich geht und infolge der militärischen Abenteuer der ukrainischen Regierung Zivilpersonen leiden und sterben, die NATO-Staaten auf systematische und aggressive Weise das Gebiet der Ukraine für sich „erschließen“. Lassen Sie mich nur einige Tatsachen in Erinnerung rufen. Aus jüngsten Erklärungen der Hauptstädte des Westens ging hervor, man sei bereit, Truppenkontingente in die Ukraine „abzukommandieren“. Die Regierung des Vereinigten Königreichs bekundete ihre Absicht, bis zu 600 Mann dorthin zu entsenden. Am Tag davor entluden die Vereinigten Staaten von Amerika in der Nähe der Grenze zum Donbass 60 Tonnen Munition, und sie liefern weiterhin tragbare Luftabwehrsysteme vom Typ „Stinger“ und Panzerabwehrraketensysteme vom Typ „Javelin“, die angeblich vom ukrainischen Militär in der Konfrontationszone eingesetzt werden. Mit Bedauern stellen wir fest, dass die westlichen Strippenzieher erfolgreich der ukrainischen Regierung in ihren Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung Beihilfe geleistet und sie zu Verstößen gegen Absatz 10 des Minsker Maßnahmenpakets über den Abzug aller ausländischen bewaffneten Formationen und militärischen Ausrüstungen aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine ermutigt haben.

Viertens ist unser Land seit Ende März im FSK mit einer nicht enden wollenden Flut an haltlosen Anschuldigungen betreffend „ungewöhnliche militärische Aktivitäten“ und „Vorbereitungen für eine Aggression“ gegen die Ukraine konfrontiert. Wir haben diese Anschuldigungen im April, Mai, Juni, Juli, August, September und danach gehört. Im Übrigen kommen diese Anschuldigungen größtenteils von westlichen Ländern, die an unseren Grenzen Truppen und militärisches Gerät zusammenziehen. Die Vereinigten Staaten haben uns mit ihren Militärstützpunkten sogar von allen Seiten „eingekreist“.

Wir stellen mit aller Deutlichkeit und ein für alle Mal klar, dass wir keinerlei Absicht haben, in der Ukraine „einzufallen“. Die Hauptstädte des Westens, die die entsprechenden Indikatoren der Nachrichtendienste zu analysieren verstehen, wissen das sehr wohl. Wir rufen daher nachdrücklich dazu auf, die aggressive Desinformationskampagne, die zu einer Eskalation der Spannungen führen wird, einzustellen. Es ist unser souveränes Recht, dass an unseren Staatsgrenzen Truppen der Russischen Föderation aktiv sind.

Für uns ist ganz offensichtlich, dass die von den westlichen Strippenziehern der ukrainischen Regierung geschürte antirussische Hysterie lediglich ein Ablenkungsmanöver, ein künstlich geschaffener Vorwand für die weitere militärische „Erschließung“ der Ukraine, ist. Dies ist mit gravierenden negativen Folgen behaftet.

Fünftens ist die Sicherheitslage in der Schwarzmeerregion äußerst angespannt. US-amerikanische Zerstörer mit Marschflugkörpern des Typs „Tomahawk“ und Raketenabwehrsystemen des Typs „Aegis“ an Bord haben bereits ihren fixen Platz vor der Schwarzmeerküste. Sie wurden für eine Dauer von insgesamt 413 Tagen disloziert, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 15 % bedeutet. Das Risiko gefährlicher Vorfälle mit zivilen Schiffen steigt. Am 3. Dezember war es reines Glück, dass es zu keinem Zusammenstoß mit einem US-amerikanischen Aufklärungsflugzeugen CL600 kam, das im Luftraum über dem Schwarzen Meer zu nahe an eine A333 der Aeroflot herangeflogen war. Welche gefährlichen

Situationen müssen sich noch entstehen, damit die NATO versteht, dass konkrete Schritte unternommen werden müssen, um Vorfälle über dem Schwarzen Meer zu verhindern? Wir fordern die Staaten, die nicht Teil dieser Region sind, dringend auf, darüber nachzudenken, dass ihre zunehmenden provozierenden Aktivitäten im Schwarzmeerraum unter dem reinen Vorwand, die „Ukraine zu verteidigen“, zur weiteren Destabilisierung der politisch-militärischen Lage auf dem Kontinent führen.

Herr Vorsitzender,

die Russische Föderation vertritt seit jeher konsequent die Auffassung, dass eine militärische Auseinandersetzung in Europa inakzeptabel ist. Vor diesem Hintergrund hat der russische Präsident Wladimir Putin in seinem gestrigen Gespräch mit US-Präsident Joe Biden betont, dass unser Land daran interessiert ist, verlässliche, rechtlich verankerte Garantien zu erhalten, die die Osterweiterung der NATO und die Stationierung offensiver Angriffswaffensysteme in Ländern, die an Russland grenzen, so auch in der Ukraine, unmöglich machen. Eine Überschreitung dieser „roten Linie“ würde konkrete Konsequenzen haben.

Herr Vorsitzender,

eine kurze Prüfung der Lage in der und um die Ukraine bestätigt nur, dass unsere westlichen Partner in diesem Jahr nichts unternommen haben, um die ukrainische Regierung zu einer friedlichen Beilegung des innerukrainischen Konflikts zu bewegen. Sie haben die Ukraine mit „Hardware“ ausgestattet, sie haben in die antirussische Propaganda eingestimmt (oder diese vielleicht sogar angestimmt), und sie haben die fehlende Bereitschaft der ukrainischen Behörden zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen gutgeheißen. Offensichtlich ist mit den Lehnsherrn selbst zu reden, und nicht mit ihren Vasallen.

Daher rufen wir sie auf, ihre destabilisierenden Aktivitäten einzustellen und der ukrainischen Regierung klar zu verstehen zu geben, dass eine Überarbeitung der Minsker Vereinbarungen, die der einzige Rahmen für eine friedliche Beilegung sind, nicht in Frage kommt. Die innerukrainische Krise wird solange nicht überwunden sein, wie sich das Regime in Kiew dagegen sträubt, seine völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen, einen direkten Dialog mit den Behörden in Donezk und Lugansk aufzunehmen und diesen Gebieten einen verfassungsrechtlich verankerten Sonderstatus zu gewähren. Genau darauf sollten sie ihre Energie verwenden, anstatt eine antirussische Stimmung zu schüren und kriegerische Handlungen in unserer Grenzregion zu fördern.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

---

**995. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1001, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ITALIENS**

Italien gratuliert den Finalistinnen und dem Finalisten des Essay-Wettbewerbs 2021 zum Thema konventionelle Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen.

Wir sind besonders stolz auf die Tatsache, dass zwei der drei Personen, die das Finale erreicht haben, aus Italien kommen.

Es ist auch sehr ermutigend zu wissen, dass sich junge Menschen in ihren Studien dem Bereich der Rüstungskontrolle widmen. Damit ist gewährleistet, dass dieses wichtige Thema auch in Zukunft nicht an Interesse verliert. Wir möchten ihnen unsere aufrichtige Anerkennung und unseren Dank dafür aussprechen und ihnen alles Gute für eine glänzende Karriere wünschen.

---

**995. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1001, Punkt 4(c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER VERTRETERIN/DES VERTRETERS DES  
KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUMS**

Danke, Herr Vorsitzender.  
Exzellenzen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestatten Sie mir, Sie über einige Entwicklungen im Zusammenhang mit dem außerbudgetären Projekt des Ausbildungsprogramms im Rahmen des OSZE-UNODA-Stipendiums für Frieden und Sicherheit zu informieren, das sich an Nachwuchskräfte und insbesondere an junge Frauen richtet.

In Anerkennung der Tatsache, dass Frauen und junge Menschen im Sicherheitssektor unterrepräsentiert sind, ist 2021 nun schon das vierte Jahr, in dem wir (die OSZE) gemeinsam mit dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen ein Ausbildungsprogramm für Nachwuchskräfte aus dem gesamten OSZE-Raum und den Ländern unserer Kooperationspartner veranstalten. In diesem Jahr haben an die 120 wissenschaftliche Nachwuchskräfte (90 Prozent davon Frauen) erfolgreich den achtwöchigen Online-Teil des Programms absolviert, der aus einem forschungsorientierten Kurs über Konfliktverhütung und -lösung durch Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung bestand. Er wurde über die moderne und interaktive E-Learning-Plattform der OSZE abgehalten.

Als Highlight dieses Programms wurden 50 weibliche Nachwuchskräfte aus 39 OSZE-Teilnehmerstaaten und 8 aus unseren Kooperationspartnerländern ausgewählt und zu einem einwöchigen, ausführlichen und im Präsenz-Modus stattfindenden Kurs nach Wien eingeladen, der diese Woche, also vom 6. bis 10. Dezember, stattfinden sollte. Wie bereits in den Vorjahren sollte dieser Programmteil Gelegenheit zu Networking, zu Kontakten mit internationalen Organisationen in diesem Bereich und zur weiteren Aneignung praktischer Kenntnisse und fundierten Wissens über Konfliktverhütung und -lösung unter Einbeziehung von Gender-Perspektiven bieten.

Bedauerlicherweise, und Sie sind vermutlich alle schon darauf gefasst, muss ich Ihnen mitteilen, dass der Kurs aufgrund des pandemiebedingten Lockdowns in Österreich nicht wie vorgesehen und auch nicht innerhalb des vorgesehenen Zeitrahmens stattfinden konnte. Unter den gegebenen Umständen war es nicht möglich, die Veranstaltung auf sichere und

angemessene Art und Weise abzuhalten. Diese schwierige Entscheidung wurde in Absprache mit den Geldgebern des Projekts sowie mit den betreffenden Strukturen im OSZE-Sekretariat und anderen involvierten Akteuren getroffen.

Wir freuen uns auf 2022 und den nächsten Durchgang des Ausbildungsprogramms des Stipendiums, für den eine weitere Generation von Nachwuchskräften aus den OSZE-Teilnehmerstaaten und -Partnerländern eingeladen werden wird, sich zu bewerben. Trotz allem möchten wir aber die Stipendiatinnen dieses Jahres nicht ganz links liegen lassen. Vorausgesetzt, dass die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen und es die COVID-19-Sicherheitsmaßnahmen erlauben, beabsichtigen wir, die für das Präsenz-Modul 2021 ausgewählten Teilnehmerinnen erneut einzuladen, sobald dies möglich ist.

In diesem Sinne ermutige ich die Teilnehmerstaaten, finanzielle Beiträge zu dieser wichtigen Initiative zu leisten, die die Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit unmittelbar unterstützt. Jeder Beitrag bringt uns dem Ziel näher, die Defizite abzubauen, die im Hinblick auf Geschlecht und Alter im Bereich der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der Nichtverbreitung im OSZE-Raum und in mit diesen Bereichen verbundenen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen bestehen.

Gestatten Sie mir, bei dieser Gelegenheit den Regierungen der Länder, die zu dieser Initiative beitragen – nämlich Andorra, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Spanien, die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Amerika –, im Namen des Konfliktverhütungszentrums zu danken. Wir danken ihnen für ihre großzügigen Beiträge und ihre Unterstützung bei diesem gemeinsamen Unterfangen und sehen ihrer weiteren Unterstützung in den kommenden Jahren erwartungsvoll entgegen. Wir danken auch den Kolleginnen und Kollegen aus unseren Partnerorganisationen, insbesondere UNODA, und den OSZE-Strukturen für ihren Beitrag bei der Zusammenarbeit für die Programmauflage 2021.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche um Beifügung dieser Erklärung in das Journal des Tages.